

02.01.2006

360-1812006

TOP 19

DIE LINKE. PDS

Fraktion im Stadtrat der Stadt Eisenach

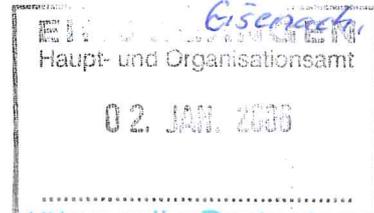
Linkspartei im Internet:
www.katja-wolf.de

Anschrift:
Linkspartei.PDS
Stadtratsfraktion
Georgenstraße 25
Telefon: (03691) 735218

Antrag der Linkspartei – Stadtratsfraktion

I. Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:



z.Kn 01
02
03

1. Die Stadträte der Stadt Eisenach unterstützen die Proteste von kommunalen Verbänden, dem DGB, von Personal- und Betriebsräten, Handwerkskammern, kirchlichen Verbänden und Verbraucher- und Umweltinitiativen gegen die geplante EU – Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein – Richtlinie).
2. Der Stadtrat fordert die Europäische Kommission auf, die EU – Dienstleistungsrichtlinie zurück zu ziehen.
3. Im Rahmen einer Stadtratssitzung eine Anhörung zu den Konsequenzen, die eine Umsetzung der Bolkestein – Richtlinie für die Beschäftigten, den Dienstleistungsgewerbe und das Handwerk in Eisenach haben würde, durchzuführen.

II. Begründung:

Am 14.02.2006 will das Plenum des Europäischen Parlaments über die Bolkestein – Richtlinie zur Liberalisierung der Dienstleistungen beschließen. Das in dieser Richtlinie festgeschriebene Herkunftslandprinzip, nach dem nicht die Lohn- und Sozialstandards des Landes gelten, in dem die Arbeit geleistet wird, sondern diejenigen des Landes, in dem der Auftragnehmer seinen Sitz hat, ist eine Bankrotterklärung für eine Politik der europäischen Integration. Kollektive und individuelle Arbeitnehmerrechte müssen unabhängig vom Unternehmenssitz für alle Beschäftigten eines Landes gelten. Arbeits- und sozialrechtliche Fragen dürfen daher in der Dienstleistungsrichtlinie nicht geregelt werden. In Ländern ohne Mindestlohnregelungen wie Deutschland ist damit Lohndumping nicht auszuschließen. Wird diese europäische Richtlinie gebilligt, so hätte dies zur Folge, dass sämtliche Dienstleistungen in Europa wie gewöhnliche Wirtschaftsprodukte behandelt würden. Grundlegende Bereiche wie Kultur, Bildung, Gesundheitsdienste und sämtliche Dienstleistungen im Rahmen der nationalen Systeme zur sozialen Sicherheit könnten denselben wirtschaftlichen Konkurrenzmechanismen unterworfen werden wie sonstige Waren.

Eine solche Entwicklung würde unweigerlich zu einer Verschlechterung der Rechtssysteme bezüglich Renten, Sozialhilfe und der Deckung der Gesundheitskosten zugunsten privater Systeme führen.

Sie würde außerdem die Deregulierung unserer Bildungssysteme und schließlich das Ende der kulturellen Vielfalt mit sich bringen.

Als Fachleute für die Anhörung schlagen wir je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Kammern, des DGB und der im Europäischen Parlament vertretenen deutschen Fraktionen vor.


Karin May

Fraktionsvorsitzende



Uwe Schenke
Stadtrat